

# Wahlkreistag Erfurt – Weimar – Weimarer Land II

Dokumentation des dritten Wahlkreistages am 16. März 2024



## Inhalt

1	Überblick.....	2
1.1	Das sagen die Teilnehmenden .....	3
1.2	Das sagen die Abgeordneten.....	3
2	Das Projekt Hallo Bundestag.....	4
3	Ergebnisse des Wahlkreistages.....	5
3.1	Begrüßung und Kennenlernrunde .....	5
	Begleitmappe .....	5
3.2	Erste Gruppenphase am Vormittag.....	6
3.3	Gruppenphase am Nachmittag und Diskussion mit den Abgeordneten .....	9
3.3.1	Gruppe 1: Arbeit in der Politik.....	10
3.3.2	Gruppe 2: Maßnahmen, globale Standards und transparente Umsetzung.....	12
3.3.3	Gruppe 3: Die soziale Dimension mitdenken.....	14
3.4	Abschlussrunde.....	16
4	Ausklang und Ausblick .....	17

# 1 Überblick

Am 16. März 2024 fand von 10 bis 17 Uhr im Rahmen des Projekts Hallo Bundestag – Gewählt. Gelost. Gemeinsam. Wahlkreisräte für die Demokratie der dritte Wahlkreistag im Wahlkreis Erfurt – Weimar – Weimarer Land II statt.

23 zufällig aus den Melderegistern des Wahlkreises ausgeloste Menschen ab 12 Jahren fanden sich im Haus Dacheröden ein. Das Thema, unter dem die Menschen eingeladen wurden, lautete dieses Mal: „Wer zahlt für den Klimaschutz? Zwischen Schuldenbremse und Generationengerechtigkeit“. Besonderheit war, dass dieses Mal die Abgeordneten ein Thema vorschlagen konnten und sich dann auf eines einigen mussten.

In der ersten Phase des Tages fand in Kleingruppen ein Austausch über die Sorgen, Hoffnungen und Unverständnisse mit Blick auf die Klimapolitik und deren Finanzierung statt. Die Teilnehmenden sammelten in Gruppen verschiedene Themen, die sie am Nachmittag gern weiter diskutieren würden. Aus allen Gruppen wurden die Sorgen, Hoffnungen und Unverständnisse anschließend zusammengetragen und zu drei Themen geclustert: (1) Die Arbeit der Politik, (2) Maßnahmen, globale Standards und transparente Umsetzung und (3) Gerechte Klimapolitik. In einer zweiten Kleingruppenphase nach dem Mittagessen wurden diese Themen dann tiefergehend bearbeitet und diskutiert.

Am Nachmittag stießen die Abgeordneten des Wahlkreises Carsten Schneider (SPD), Antje Tillmann (CDU) und Susanne Hennig-Wellsow (LINKE) zur Veranstaltung dazu. Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) hatte kurzfristig aufgrund von Krankheit abgesagt.

Die Abgeordneten konnten dann in den einzelnen Gruppen mit den Teilnehmenden zu den unterschiedlichen Themen diskutieren und Fragen beantworten. Am Ende wurde im Plenum eine Abschlussdiskussion abgehalten, bei der die Abgeordneten verdeutlichen sollten, welchen Aspekt sie für ihre Arbeit mitnehmen.

Zu dieser Dokumentation: Nach einer kurzen Beschreibung des Gesamtprojekts (Abschnitt 2) gibt diese Dokumentation die Ergebnisse des Tages entlang des Prozesses wieder (Abschnitt 3). Dabei geht es um folgende Prozessschritte:

1. Begrüßung und Kennenlernrunde
2. Erste Gruppenphase am Vormittag
3. Themenfestlegung für den Nachmittag
4. Gruppenphase am Nachmittag inklusive Diskussion mit den Abgeordneten
5. Abschlussrunde

	<b>Ausgeloste Personen</b>	<b>Zusagen</b>	<b>Teilnahmen</b>
<b>Jugend (12-18 J.)</b>	20	7	5
<b>Erwachsene</b>	169	23	18

*Diese Abbildung enthält eine Übersicht darüber, wie viele Personen für den Wahlkreistag ausgelost wurden, wie viele dieser Personen zugesagt und wie viele am Tag selbst tatsächlich teilgenommen haben. Einige Ausgeloste mussten aufgrund von Krankheit oder Krankenvertretung auf Arbeit kurzfristig ihre Teilnahme absagen.*

## 1.1 Das sagen die Teilnehmenden

*„Der Austausch mit Jung und Alt war richtig toll. Ich wurde für sehr verschiedene Ansichten sensibilisiert und habe viel zu dem Thema gelernt.“*

*„Einige Antworten der Abgeordneten fand ich nicht überzeugend, zum Beispiel zum Tempolimit. Aber dass es die Möglichkeit gab, überhaupt mal so diskutieren zu können, fand ich sehr gut.“*

*„Ich bin total überrascht darüber, wie viele Menschen sich für das Thema Klimapolitik interessieren. Ich habe viele neue Sichtweisen kennengelernt und neue Einblicke gewonnen.“*

*„Mir ist klar geworden, dass Klimaschutz oberste Priorität ist, und dass die Parteien in diesem Punkt einfach besser zusammenarbeiten müssen.“*

*„Mich hat gefreut zu hören, wie junge Leute denken. Wenn alle so sind wie die Jugendlichen hier, dann mache ich mir keine Sorgen mehr um die Zukunft.“*

## 1.2 Das sagen die Abgeordneten

*„Ich finde das ein ganz spannendes Projekt, weil ich repräsentativ meinen ganzen Wahlkreis – an jungen und älteren Leuten, an Menschen mit Migrationshintergrund – hier getroffen habe und gesehen habe, dass das Zusammenleben in der Gesellschaft gut funktioniert, wenn man sich austauscht und wirklich versucht, die Argumente voneinander zu verstehen und ernst zu nehmen. Das ist für mich sehr motivierend, hat mir große Freude gemacht und ein gutes Gefühl für die Bevölkerung gegeben.“ – Carsten Schneider (SPD)*

*„Wir haben heute wieder gemerkt: Am wichtigsten ist es, miteinander zu reden. Und wir haben gemerkt, es müssen nicht alle einer Meinung sein in einer Demokratie. Das hat mir heute gut gefallen. Das ist ganz anders als bei einem Interview. Man hat wirklich Zeit, Themen auch intensiver zu bereden. Herzlichen Dank!“ – Antje Tillmann (CDU)*

*„Halo Bundestag macht extrem viel Spaß. Ich lerne sehr viel. In der Regel sind die Debatten sehr offen und wir können auch miteinander streiten, wir können miteinander einig werden. Ich würde mir wünschen, dass dieses Projekt über die ganze Bundesrepublik stattfinden könnte.“ – Susanne Hennig-Wellsow (Linke)*

## 2 Das Projekt Hallo Bundestag

*Hallo Bundestag* verfolgt das Ziel, den Austausch zwischen gewählten Vertreter:innen im Bundestag und gelosten Einwohner:innen aus deren Wahlkreisen langfristig zu stärken. Der Slogan *Gewählt. Gelost. Gemeinsam.* macht diese Vision deutlich und hebt insbesondere das Gemeinsame hervor, das für das Projekt zentral ist und das in Bürger:innenräten oftmals zu kurz kommt.

Dafür veranstalten wir in sechs Wahlkreisen in drei Phasen jeweils sogenannte [Wahlkreistage](#). Das sind eintägige Workshops mit zufällig aus dem Melderegister gezogenen Menschen aus einem Wahlkreis sowie den Abgeordneten, die für diesen Wahlkreis direkt oder über Parteiliste in den Bundestag gewählt sind. Das Losverfahren ist in mehrfacher Hinsicht ausschlaggebend für die Sicherung der Vielfalt der Teilnehmenden:

- Wir losen aus den Melderegistern: Alle Menschen, die dort gemeldet sind, unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Wahlrecht, können ausgelost werden.
- Wir nutzen in all unseren Prozessen das [Aufsuchende Losverfahren](#). Dieses stellt sicher, dass diejenigen kommen, die der Zufall ausgelost hat. Wir losen datensparsam aus und besuchen diejenigen, die nicht auf den Einladungsbrief antworten, zu Hause.
- Wir losen ab 12 Jahren aus, um insbesondere Jugendliche, die zwar am längsten von den heute getroffenen Entscheidungen betroffen sind, jedoch noch nicht wählen dürfen, einzubinden.

In der dritten Projektphase, in der der hier dokumentierte Wahlkreistag stattfand, wurden bei den Wahlkreistagen in den verschiedenen Wahlkreisen jeweils unterschiedliche Themen diskutiert. In fast allen Wahlkreisen hatten in dieser Phase die Abgeordneten Themen vorgeschlagen und sich dann untereinander auf ein Thema geeinigt. In der zweiten Projektphase ging es an den Wahlkreistagen um das Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat. In der ersten Phase drehten sich die Wahlkreistage um die Beziehung der Menschen in den Wahlkreisen zu ihren Abgeordneten im Bundestag und der Bundespolitik insgesamt.

Alle Teilnehmenden der Wahlkreistage können in den sogenannten [Wahlkreisrat](#) eintreten. Der Wahlkreisrat als Gruppe von Menschen mit diversen Perspektiven dient unter anderem dazu, Abgeordneten kurzfristig Feedback zu wichtigen (bundespolitisch) relevanten Themen zu geben, weitere Wahlkreistage einzuberufen und so die Beziehung zwischen Abgeordneten und Menschen im Wahlkreis langfristig zu stärken.

Weitere Infos unter: <https://hallobundestag.de/das-projekt-hallo-bundestag>.

## 3 Ergebnisse des Wahlkreistages

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse des Wahlkreistages in Erfurt – Weimar – Weimarer Land II am 16.03.2024 zusammengetragen. Der Aufbau orientiert sich Schritt für Schritt am Tagesablauf. Der Tag gliederte sich grob in zwei Arbeitsphasen in Kleingruppen am Vor- und am Nachmittag sowie eine Diskussion mit den Abgeordneten am späteren Nachmittag.

### 3.1 Begrüßung und Kennenlernrunde

Wie die letzten zwei Wahlkreistage fand auch der dritte im Haus Dacheröden statt, in dem die Teilnehmenden herzlich empfangen wurden. Nach einer kurzen Vorstellung des Projekts und des Tagesablaufs bekamen die Teilnehmenden Raum, kurz etwas zu sich zu erzählen. Leitfrage hierfür war zunächst, wie sie auf die Einladung reagiert haben und was sie letztlich motiviert hat, am Wahlkreistag teilzunehmen. Nur wenige haben direkt auf die Einladung reagiert, während viele von einer anfänglichen Skepsis über die Echtheit der Einladung berichteten. Einige gingen davon aus, es sei Werbung und konnten erst durch den zweiten Brief oder das persönliche Gespräch überzeugt werden, dass es ernst gemeint ist. Einen Teilnehmer motivierte das Glücksgefühl, aus so vielen Menschen ausgelost zu sein. Andere hatten eigentlich keine Lust, teilzunehmen, wurden dann jedoch von Freund:innen, Nachbar:innen oder der Familie überzeugt. Manche gaben an, sich mit Politik überhaupt nicht auszukennen und dass sie das als Chance empfunden hätten, einen Einblick zu bekommen. Einige sagten, sie könnten nicht immer nur meckern, dann aber so eine Einladung ablehnen. Es sei wichtig, sich auch dem zu stellen, von dem man nicht überzeugt ist. Zwei Menschen ohne die deutsche Staatsbürgerschaft waren anfänglich unsicher, weshalb ausgerechnet sie ausgelost wurden, wo sie doch noch nicht so lange hier wohnen und die Sprache noch nicht so gut beherrschen.

#### Begleitmappe

Als Grundlage für die Gespräche am Wahlkreistag stand den Teilnehmenden eine Mappe zur Verfügung, um unabhängig vom Vorwissen der Teilnehmenden eine geteilte Wissensbasis herzustellen. In dieser Mappe wurde das Thema mit wissenschaftlichen Perspektiven und Studien angereichert und so eine Grundlage für die Diskussionen geschaffen. Außerdem diente es dazu, dass Teilnehmende einzelne Fragen oder Zahlen immer wieder nachschauen können, um ihre Argumente zu untermauern oder andere zu widerlegen.

Das Heft thematisierte zunächst Fakten zum Klimawandel selbst sowie die Frage, was Deutschland dazu historisch und aktuell beiträgt, welche Verantwortung und Macht Deutschland als kleines Land mit starker Wirtschaft eigentlich hat. Aufbauend darauf wurde die Finanzierung für den Klimaschutz erklärt und Grundlagen zum Thema Bundeshaushalt und Schuldenbremse eingeführt. Außerdem wurde aufgezeigt, was Deutschland bereits für den Klimaschutz tut, welche Maßnahmen ergriffen wurden und werden. Auch Themen wie Generationengerechtigkeit und Klimaungerechtigkeit wurden erläutert. Immer wieder wurden auch Vergleiche zu anderen Ländern getätigt, um eine Einordnung von der Situation in Deutschland zu ermöglichen. Das Heft wurde vom Projektteam erarbeitet.

## 3.2 Erste Gruppenphase am Vormittag

In der ersten Gruppenphase kamen vier Kleingruppen zusammen. Die erste Kleingruppenphase zielte darauf ab, über persönliche Erfahrungen und Bezüge der Teilnehmenden einen Einstieg in das Thema „Wer finanziert den Klimaschutz? Zwischen Schuldenbremse und Generationengerechtigkeit“ zu finden.

Zum Einstieg diente eine Übung des „Aktiven Zuhörens“ mit vorbereiteten Fragen zum Thema. Diese bezogen sich auf persönliche Empfindungen und Erfahrungen. Während eine Person Fragen stellte, durfte die andere Person antworten, ohne unterbrochen oder in ihren Aussagen kommentiert zu werden. Nach 10 Minuten sollte die zuhörende Person kurz zusammenfassen, was sie gehört und verstanden hatte, dann wurde getauscht. Die Methode unterstützt eine achtsame Kommunikation, die auf das Verstehen anderer ausgelegt ist. Diese Kommunikation prägte die Gesprächsatmosphäre des gesamten Tages zwischen den Teilnehmenden.



Im Anschluss an die Übung des Aktiven Zuhörens sollten die Zweierpaare über die Inhalte ihres Gesprächs diskutieren. Nach der Zweier-Übung trafen sich die Teilnehmenden wieder in ihren Kleingruppen, um ihre Sorgen, Hoffnungen und Unverständnisse zu teilen und gemeinsam zu diskutieren und ergänzen.

Folgend werden die **Ergebnisse der ersten Kleingruppen** je Gruppe kurz zusammengefasst.



In der **ersten** Gruppe wurde die Sorge stark gemacht, dass alles zu langsam ginge und dass es viele Widersprüche in der Politik gebe: Flüge sind teurer als Züge, Politiker selbst reisen in Privatjets. Auch die Aufrechterhaltung von Bonn als Standort einiger Ministerien, was zu viel innerdeutschem Flugverkehr führt, wurde hinterfragt. Am meisten Unverständnis bereitete den Teilnehmenden, dass die Kommunikation in der Politik bezogen auf Klimaschutz so schlecht ist. Wenige Teilnehmende wussten, was alles bereits getan wird oder welche Möglichkeiten der Subventionen es für klimafreundlichere Alternativen gibt. Es gebe zu wenig Aufklärung

und zu viel Hin und Her. Die Entscheidungen seien nicht radikal genug und vor allem nicht langfristig über Legislaturperioden hinweg angelegt. Und wenn dann eine Entscheidung gefällt wurde, dauere es bis zur Umsetzung schlichtweg zu lange. Generell dürfe ein Thema, das für alle so dringlich ist, nicht zum Wahlkampf genutzt werden, sondern verlange eine Wahlperioden- und parteiübergreifende Zusammenarbeit. Hoffnung machte den Menschen, dass sie sich trotz sehr unterschiedlichen Alters doch so einig waren, was das Ziel angeht: Klima schützen. Nur der Weg dorthin wurde sehr unterschiedlich betrachtet. Weiterhin machte die technologische Entwicklung Hoffnung auf Innovationen, die uns helfen können, Klimaschutz besser zu machen und mit Klimafolgen besser umzugehen.

In der **zweiten** Gruppe wurde vor allem angemerkt, dass Klimaschutz oft zu teuer sei und reiche Menschen sich es eher leisten könnten, klimafreundliche Alternativen zu wählen. Generell müsse die soziale Gerechtigkeit hier stärker mitgedacht werden. Auch Bildung sei wichtig. Die Jugendlichen berichteten, dass in der Schule derartige Themen nicht diskutiert würden und sie auch selten überhaupt über aktuelle politische Probleme sprechen würden. Gerade in Bezug auf Klimaschutz sei das wünschenswert, weil es ja sie vor allem betrifft. Das größte Unverständnis bestand hier darin, dass Züge so viel teurer sind als Flüge und dass viele einfache Maßnahmen wie Tempolimit nicht umgesetzt werden. Außerdem sei nicht klar, warum es das Klimageld nun doch nicht gebe. Als Hoffnung wurde empfunden, dass dennoch schon einiges passiert, dass das Thema so viel Aufmerksamkeit bekommt und man einen gewissen Zusammenhalt spürt.

Die **dritte** Gruppe sorgte sich ebenfalls um die politische Kommunikation: Warum werden welche Maßnahmen vorangetrieben und wie? Darüber sollte mehr informiert werden, und zwar so, dass die Menschen es auch verstehen und auf sich anwenden können. Durch das viele Hin und Her fehle den Teilnehmenden eine Planungssicherheit. Das führe zu Frust, weil



keine Ruhe einkehren könne. Die Teilnehmenden seien bereit zu Veränderung, aber dann müsse sie auch sinnvoll und langfristig gedacht sein. Eine albanische Teilnehmende, für die eine Übersetzerin engagiert wurde, äußerte ihre Hoffnung darin, dass hier in Deutschland die Debatten über Klimaschutz so fortgeschritten seien und dass sie das so nicht kenne. Es fiel ihr aber auch schwer, den Bestimmungen zu folgen, weil sie nicht verständlich kommuniziert werden. Ein weiteres Unverständnis war für die Teilnehmenden die ganze Aufgabenverteilung in Sachen Klimaschutz. Wer für welche Entscheidung und Maßnahme verantwortlich ist, sei einerseits unklar und andererseits auch manchmal hinderlich. Insgesamt waren die Teilnehmenden hoffnungsvoll, weil sich auch so viele junge Menschen dafür politisch einsetzen, auch wenn sie deren Methoden nicht immer gut finden.

Die **vierte** Kleingruppe startete mit der Grundsatzfrage einer Teilnehmenden: “Stellt in dieser Runde jemand den menschengemachten Klimawandel infrage?” Nur eine Person gab sich nicht ganz sicher und stimmte zu, dass auch wenn nicht alles menschengemacht sei, die Welt und ihre Natur besser geschützt werden müssten. Weitere Besonderheit war die von allen geteilte Angst vor starken klimatischen Veränderungen, die nicht erst künftige Generationen trafen, sondern sich auch schon auf das Leben aller lebenden Generationen auswirken würden. Aber auch positives wurde geteilt: Ein Gruppenmitglied erzählte vom neu entstanden Bündnis und gemeinsamen Protest von ver.di und Fridays for Future: “Wir fahren zusammen”. Das Bündnis setzt sich für Mobilität für alle und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im ÖPNV ein. Der Teilnehmende freute sich sehr über das Engagement der jungen Menschen von FFF, die den Arbeitskampf und damit auch seine Chance auf bessere Arbeitsbedingungen unterstützen.

Vor der Mittagspause wurden im Plenum die Sorgen, Unverständnisse und Ängste der jeweiligen Gruppen vorgestellt und zu Themen geclustert, die nach dem Mittagessen weiter diskutiert werden sollten:

- (1) Die Arbeit der Politik: Wie arbeitet und kommuniziert sie?
- (2) Maßnahmen, globale Standards und transparente Umsetzung: Auf welcher Ebene sollte welches Problem angegangen werden?
- (3) Gerechte Klimapolitik: Wie kann die soziale Dimension des Problems mitgedacht werden?



### 3.3 Gruppenphase am Nachmittag und Diskussion mit den Abgeordneten

In der zweiten Kleingruppenphase am Nachmittag lag der Fokus zunächst darauf, innerhalb der Themen das Problem genauer zu definieren, für welches sich die Teilnehmenden ein verändertes Handeln des Staates und/oder der Gesellschaft wünschten. In weiterer Folge sollte anhand eines Plakats erarbeitet werden, welche Ideen den Teilnehmenden einfielen, um das Problem zu lösen. Dabei wurden sowohl Ideen entwickelt, die der Staat bzw. Regierung und Parlament umsetzen müssten, als auch Fragen gesammelt, die die Teilnehmenden an die Abgeordneten hatten. Am Ende wurde auch darüber gesprochen was jede:r Einzelne beitragen kann. Die Ergebnisse der Gruppen sowie der Diskussionen mit den Abgeordneten werden im Folgenden je Gruppe zusammengefasst.

Zunächst wurden nach der Arbeit in Kleingruppen die Abgeordneten begrüßt. Antje Tillmann (CDU), Susanne Hennig-Wellsow (Die Linke) und Carsten Schneider (SPD) wurden gebeten sich kurz vorzustellen und anschließend eine Frage zu beantworten, die auch die Teilnehmenden sich am Vormittag gestellt haben. Die Abgeordneten zogen aus einem Topf zufällig eine der Fragen.

**Antje Tillmann (CDU)** zog die Frage, was ihr am meisten Sorgen bereite, wenn sie an die Veränderungen denkt, die auf uns als Gesellschaft zukommen werden. Ihr bereite die Geschwindigkeit am meisten Sorgen. Um 2040 klimaneutral zu sein, seien wir gut aufgestellt. Allerdings müssten wir schneller sein. Für sie sei es keine Option, die Hoffnung aufzugeben. Vielmehr gelte es, Klimaschutzmaßnahmen in die Hand zu nehmen, die Ärmel hochzukrempeln und anzufangen.



**Carsten Schneider (SPD)** beantwortete die Frage, was er fair finde, zukünftigen Generationen zu überlassen und was wir jetzt dafür tun müssten. Seine Töchter seien 18 und 15. Es brauche ein Klima, indem sie gesund und normal leben können. Eine Welt, in der sie sich sicher und wohl fühlen können. Gleichzeitig merke er auch, wie viel sich bereits getan hat: Die Umweltbedingungen seien 1989 im Vergleich mit denen heute ganz andere gewesen. Die Luftqualität beispielsweise sei deutlich besser.



**Susanne Hennig-Wellsow (Linke)** erhielt die Frage, was ihr in Sachen Klimaschutz das größte Unverständnis bereite. Für sie sei das ganz klar, dass die Politik nicht das Richtige und zu wenig tut.



Anschließend wurden die Abgeordneten eingeladen, sich für jeweils 20 Minuten zu einer Gruppe dazuzusetzen und mit den Teilnehmenden über die Fragen, Probleme und Ideen zu diskutieren.

### 3.3.1 Gruppe 1: Arbeit in der Politik

Das **Problem** wurde zunächst in drei Aspekten formuliert:

- Politische Entscheidungsprozesse und die Umsetzung von Entscheidungen dauern zu lange. Außerdem ist die Umsetzung inkonsequent.
- Das Denken in Wahlperioden ist nicht nachhaltig. Der Fraktionszwang führt zu einem Mangel an Zusammenarbeit und Resort übergreifendem Denken. Die Machtverteilung der Parteien in der Ampelkoalition ist unklar.
- Klimapolitik wird schlecht kommuniziert.

Aufbauend auf dieser Problembeschreibung wurden folgende **Ideen und Wünsche** gesammelt:

- Es braucht grundsätzliche und langfristige Ziele für den Klimaschutz, die unhintergebar sind: Einmal ein Kurs entschieden, kann der auch nach der nächsten Wahl nicht umkehrbar gemacht werden.
- Außerdem sollte der Fraktionszwang beim Thema Klimaschutz aufgehoben werden.
- Ein Lobbyfußabdruck für Gesetze würde Transparenz darüber schaffen, wer in die Prozesse wie viel eingebunden war.
- Generell sollten politische Prozesse nachhaltiger gestaltet werden. Betroffene sollten direkt einbezogen werden, insgesamt sollten Prozesse verschlankt werden. Die Sache sollte über den Einzelinteressen stehen. Hier wurde das Beispiel der Bauernproteste genannt: Das Zurückrudern der Politik vermittelte den Eindruck, dass das Gesetz oder der Beschluss vorher nicht gut durchdacht war und dass die Politik erpressbar wäre.
- Bürger:innen sollten stärker einbezogen werden.
- Gerade im Osten ist gute Kommunikation sehr wichtig. Daher braucht es eine multimediale und zielgruppenspezifische Ansprache in der Kommunikation von Politiker:innen. Diese sollten einen Grundkurs in Kommunikation ableisten.
- Eine andere konkrete Maßnahme war die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs.

**Fragen**, die die Teilnehmenden an die Abgeordneten hatten, waren folgende:

- Was sind die strukturellen Hürden hinter fehlender Bürgernähe? Liegt es daran, dass Abgeordnete oft mehrere Ämter innehaben (=Ämterhäufung)?
- Warum und wie wird oder wird nicht in der Politik zusammengearbeitet?
- Wie wird entschieden, wo wie viel Geld reingesteckt wird?
- Wie entstehen Gesetze, wie entstehen Kompromisse?
- Warum wird Bonn als Standort aufrechterhalten?

#### **Diskussion mit den Abgeordneten**

Im Folgenden sind die Diskussionspunkte nach der inhaltlichen Überschneidung beschrieben. Nicht alle Fragen wurden mit allen Abgeordneten gleichermaßen diskutiert.

Den Wunsch nach **nachhaltigen Gesetzen und Prozessen** teilten die Abgeordneten. Abstrakt seien sich, so Schneider, alle einig: Klimaschutz ist wichtig. Aber was das konkret bedeute, wer dafür bezahlt, sei eine andere Frage. Das Beispiel ließe sich auch auf die Realität der Anwesenden übertragen: Abstrakt fahre ich natürlich lieber mit der Bahn, real nehme ich dann doch vielleicht das Auto, weil es praktischer ist. Für die Grünen sei Klimaschutz ein so großes

Ziel, dass soziale Fragen eher hintenangestellt werden. Daher sind Parteien auch wichtig, um sich gegenseitig zu ergänzen.

In Bezug auf die **Langsamkeit von Prozessen** machte Schneider deutlich, dass es manchmal schnell gehen müsse. Auch die Politiker:innen würden gern manchmal eine Nacht über ihre Entwürfe schlafen. Allerdings sei die Gefahr, dass Informationen geleakt und medial auseinandergenommen werden, so groß, dass man oft versuche, zu einem Schluss zu kommen. Das sei nicht ideal. Tillmann erklärte dann, wie ein Gesetzgebungsverfahren abläuft und wies die Sorge, es würden Betroffene nicht gehört werden, zurück. Vor jeder Entscheidung in einem Gesetz würden diese angehört, bevor es innerhalb der Fraktion Diskussionen gibt. Anschließend gebe es Aussprachen im Bundestag, im Ausschuss, im Plenum sowie Anhörungen. Eine falsche Entscheidung oder Gesetzesbestandteil einzufädeln sei fast unmöglich. Hennig-Wellsow machte deutlich, dass Demokratie manchmal eben auch Zeit brauche und es wichtig sei, viele Stimmen zu hören. Jede Partei lade ihre Expert:innen und Wissenschaftler:innen ein, Gutachten würden beauftragt, usw. Außerdem verdeutlichte sie, dass die Planungsvorhaben unter der Ampel deutlich schneller geworden seien, dass aber Kommunen nach wie vor überfordert wären. Auf die Frage, ob der Föderalismus dann nicht reduziert werden müsse, entgegnete Hennig-Wellsow, dass regionale Unterschiede und die historische Bedeutung den Föderalismus in einigen Aspekten bewahrenswert machten.

Die Teilnehmenden fragten, ob es eine Möglichkeit gebe, den Einfluss von Lobbyist:innen auf politische Entscheidungen nachzuverfolgen. Am Beispiel **Tempolimit** von 130km/h wäre interessant zu wissen, wer da mit wem spricht, wer blockiert und warum der Fraktionszwang stärker sei als die Wichtigkeit der Sache. Carsten Schneider antwortete, dass es verschiedene Wege zu Kompromissen gibt. Die FDP habe auf ihrem Bundesparteitag beschlossen, dass es mit ihnen kein Tempolimit gebe. Dann ginge es in Koalitionsverhandlungen um Verhandlungen. Jetzt gebe es den 12 € Mindestlohn, aber nicht das Tempolimit. Antje Tillmann wurde diese Frage ebenfalls gestellt. Für sie sei das sehr transparent: Mercedes, Porsche, BMW und weitere Unternehmen haben internationale Kund:innen, die ihre neu gekauften Autos in Deutschland ausfahren wollen. Die Idee der Teilnehmenden, dass man diesen anbieten könne, auf den Nürburgring o.ä. zu fahren, fand Tillmann gut und versprach, sich zu erkundigen, ob diese Idee bereits besprochen wurde. Auch der Idee, diese Frage mit einem Beteiligungsverfahren zu klären, war Tillmann nicht abgeneigt.



Schneider ergänzte zum Thema **Lobbyismus**: „Das Allgemeinwohl ruft nie an, nur das Eigeninteresse.“ Würde er beispielsweise das Dienstwagenprivileg abschaffen wollen, habe er alle Ministerpräsident:innen gegen sich, die Automobilbranche wäre sehr laut. Diejenigen, die dafür sind, seien selten so laut. Lobbyist:innen bekämen bei ihm daher keine Termine. Tillmann wiederum sagte, dass es wichtig sei, alle zu hören und bemühe sich daher um Vielfalt. Hennig-Wellsow pflichtete der Wichtigkeit von einem funktionierenden Lobbyregister bei und verwies

auf das Thüringer Lobbyregister, wo deutlich würde, wer weshalb Kontakt zu Abgeordneten habe bzw. gewissermaßen bei Gesetzen mitschreibe.

Angesprochen auf den **Fraktionszwang** verwiesen alle drei Abgeordneten darauf, dass es keinen *Fraktionszwang* an sich gebe, sondern *Fraktionsdisziplin*. Auf diese müsse man sich verlassen können, um als Regierung handlungsfähig zu sein – insbesondere, wenn die eigene Partei oder die Regierungsparteien nur knappe Mehrheiten bildeten. Als Beispiel nannte Tillmann die Diskussionen zur Lieferung des Taurus-Marschflugkörpers an die Ukraine, die am Vortag im Bundestag stattgefunden hatten: Die Reden der FDP und der Grünen seien für die Lieferungen gewesen, dennoch seien sie in der Abstimmung dem Kanzler Olaf Scholz gefolgt, um die Ampelkoalition nicht zu gefährden.

Bezogen auf die **Kommunikation**, scherzte Schneider, gebe es einen Spruch: „Mit Gesetzen ist es wie mit Würsten – es ist besser, wenn ich nicht weiß, wie sie gemacht werden.“ Die Regierung und die SPD bemühten sich um mehr Kommunikation, allerdings sei das auch nicht nur einfach, weil es mittlerweile so viele Plattformen gibt, auf denen man aktiv sein muss, um die Menschen zu erreichen. Das sei einfach zeitlich nicht immer leistbar. Hennig-Wellsow stimmte den Teilnehmenden zwar zu, dass die Kommunikation sich verbessern müsse. Gleichzeitig habe ihrer Ansicht nach die Politik keine Zeit mehr, den Klimawandel in irgendeiner Form zu leugnen. Ihr zufolge brauche es mehr direkte Handlungs- und Umsetzungsansätze, die global gedacht sind. Als Beispiel nannte sie die Klimaflucht, die alles, was wir bisher an Migration kennen, überschreiten würde und auf die wir uns vorbereiten müssten.

Tillmann ging außerdem auf die Problematik **Bonn-Berlin** ein. Die Entscheidung sei damals nur mit der Zustimmung von NRW möglich gewesen, daher kam der Vertrag zustande, dass Bonn als Standort erhalten bleibt. Mittlerweile seien das jedoch immer weniger. Damals sei es sinnvoll gewesen, weil dem Bund Liegenschaften in Bonn gehören, weshalb es finanziell auch Gründe gab, nicht alles umzuziehen.

### 3.3.2 Gruppe 2: Maßnahmen, globale Standards und transparente Umsetzung

Im Kern des **Problems** stand in dieser Gruppe:

- die Abwesenheit von globalen Standards in der Klimapolitik und
- fehlende internationale Zusammenarbeit bei diesem Thema.

Folgende **Ideen und Wünsche** wurden genannt, um diesem Problem begegnen zu können:

- Globale Standards sollten abgestimmt und gesichert werden. Zum Beispiel sollte der Ausstoß von CO<sub>2</sub> oder die Verwendung von Chemikalien auf globaler Ebene reguliert werden. Gleichzeitig gab es auch ein Bewusstsein dafür, dass der “globale Süden” vor ganz anderen Herausforderungen steht, sodass nicht jedes Land das gleiche leisten könne.
- Insgesamt herrsche ein Bewusstsein dafür, dass Klimaschutz Gemeinschaftsaufgabe ist. Die Teilnehmenden merkten in ihrem Alltag bereits an vielen Stellen die Notwendigkeit, auf Dinge zu verzichten. Hierzu seien sie grundsätzlich bereit, doch sollen diese Lasten gleichmäßig verteilt werden.

- Die Teilnehmenden wünschten sich, dass die Politik notwendige Einschränkungen und Maßnahmen ehrlich begründet und in regelmäßigen Abständen hinterfragt.
- Fehlverhalten sollte Konsequenzen haben.
- Auch Produktstandards wurden ausführlich diskutiert, USB-C wurde hier als ein Positivbeispiel genannt. Es stieß jedoch auf Unverständnis, dass so wenige Produkte reparierbar sind. Hier kommen die politische Ebene und die individuelle Ebene zusammen: Der Staat reguliert, das Individuum kann Dinge reparieren.

Die **Fragen** an die Abgeordneten waren:

- Warum gibt es noch kein EU-weites Tempolimit
- Warum ist das Klimageld nicht gekommen?
- Wer kann global was leisten?

### Diskussion mit den Abgeordneten



Beim Thema **Tempolimit** kritisierte Susanne Hennig-Wellsow die Ampel. Die Linke würde das sofort einführen, es sei aber mit der FDP aktuell nicht umsetzbar. Es sei einfach erkennbar, dass die Parteien sehr unterschiedliche Dinge wollen.

Carsten Schneider betonte, dass die SPD es für sich als Partei beschlossen und es auch in den Koalitionsverhandlungen eingebracht habe. Es sei jedoch für die FDP eine rote Linie, ebenso wie Steuererhöhungen. Es gebe jedoch insgesamt einfach keine parlamentarische Mehrheit, weil auch CDU und AfD dagegen seien.

Antje Tillmann, die als letzte bei dieser Gruppe war, wurde zunächst darauf hingewiesen, dass die beiden anderen Abgeordneten zuvor darauf verwiesen hatten, dass das Tempolimit an FDP, CDU und AfD scheitere. Tillmann hob einerseits hervor, dass sie selbst hier zwar eine andere Meinung vertrete als der Rest ihrer Partei, sie die Argumente dennoch für wichtig halte: Für die Finanzierung des Klimaschutzes brauche Deutschland eine Menge Geld, von dem hierzulande ein signifikanter Teil in der Automobilbranche erwirtschaftet werde, die sich auf den Bau großer und schneller Autos spezialisiert habe. Als sich die Teilnehmenden mit diesem Verweis nicht zufriedengaben, äußerte Frau Tillmann den Wunsch, die Menschen mögen sich mit ihren Forderungen zu einem solch geeigneten Thema zusammentun und sie den Abgeordneten per Mail schicken: "Nerven Sie uns doch!"

Das Versprechen vom **Klimageld** habe sich, so Hennig-Wellsow, als große politische Lüge offenbart, sie kenne keinen guten Grund dagegen.

Auch Schneider äußerte sich überzeugt von Klimageld als sinnvoller Maßnahme – so werde über den CO<sub>2</sub>-Preis das Geld von denen, die einen größeren Fußabdruck haben, umverteilt an jene, die einen kleinen haben. Als eine Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine wurde die vor der Ampel-Regierung bereits geplante Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises allerdings ausgesetzt,

und dies nun erst nachgeholt – so wirkt es wie eine neue Erhöhung. Ein Grund, weshalb es mit der Auszahlung noch dauert, sei, dass der Staat keine Bankverbindungen zu den Menschen in Deutschland habe, das sei jedoch über die Steuer-ID lösbar. Das Problem sei nur: Es gibt diesen finanziellen Spielraum aktuell nicht. Hier wünschte sich ein Teilnehmer grundlegend mehr Ehrlichkeit: “Aber dann sagt das doch ganz einfach: Wir haben das Geld nicht!”

Tillmann habe aktuell noch nicht genug Informationen, um zu kommentieren, weshalb es nun doch nicht ausgezahlt werde. Prinzipiell halte sie jedoch nichts davon, allen pauschal den gleichen Betrag zu geben. Zielgerichteter sei eine Unterstützung bestimmter Gruppen – hierzu reichten jedoch bestehende Instrumente wie BAFÖG, Kinder- und Bürgergeld völlig aus.

Über das Thema der geplanten Obsoleszenz (Veralten von Produkten) und der Notwendigkeit, technische Kenntnisse zur Reparatur zu erwerben, kam die Gruppe im Gespräch mit Hennig-Wellsow auf das Thema **Bildung** zu sprechen. Dass Bildung Ländersache ist, wurde, wie bei vielen vorigen Wahlkreistagen, kritisiert. Hennig-Wellsow äußerte Verständnis für die Kritik, stellte dieser jedoch den historischen Kontext entgegen: Die Länder hätten hier deswegen die Hoheit, damit Deutschland geschützt sei vor einer Vereinnahmung der Bildungspolitik durch radikale Parteien, sollte eine solche jemals im Bund in Verantwortung kommen.

### 3.3.3 Gruppe 3: Die soziale Dimension mitdenken

In dieser Kleingruppe hatten sich Teilnehmende zusammengefunden, denen die soziale Dimension beim Klimaschutz besonders wichtig war. Als zentrales **Problem** wurde herausgearbeitet,

- dass derzeit klimaschädliches Verhalten finanziell belohnt wird und klimafreundliches Verhalten oft finanzielle Nachteile mit sich bringt. Als Beispiel hierfür wurde genannt, dass Fliegen oft günstiger ist als mit der Bahn zu reisen, oder nachhaltig produzierte Lebensmittel mehr kosten als solche, die die Umwelt schädigen.
- dass manche Lösungen, z.B. E-Autos, für Menschen mit geringem Einkommen keine echte Lösung sind, weil in Siedlungen mit mehreren Tausend Menschen, die auf geringer Fläche leben (Stichwort Plattenbauten) der Platz für E-Parkplätze und die Kapazitäten für eine Ladestruktur gar nicht eingerichtet werden könnten.
- dass das derzeitige System die Gesellschaft davon abhalte, klimafreundlich zu handeln.

Die entwickelten **Ideen und Wünsche** umfassten:

- Große Einigkeit herrschte darüber, dass ÖPNV möglichst kostenfrei zur Verfügung stehen sollte, mindestens aber für alle Schüler und Schülerinnen. Einerseits um ihnen mehr selbstständige Mobilität zu ermöglichen, andererseits aber auch um sie bereits früh an den ÖPNV zu binden. Im Bereich des Verkehrs seien die Bahn und der öffentliche Nahverkehr entscheidend für eine sozial gerechte Klimapolitik, da dieser es tatsächlich auch allen ermöglichen könnte, sich nachhaltig zu bewegen (anders z.B. die Elektrifizierung der PKW, von der nur Reiche profitieren und die für unter 18-Jährige auch keinen Mehrwert bringt).

- Auch sollten Inlandsflüge mindestens teurer als die Bahnfahrten sein oder ganz verboten werden (Ein Teilnehmer erzählte, dass Inlandsflüge in der DDR dann abgeschafft, als Fernverkehrstrecken eingeführt wurden).
- Beim Thema Ernährung konnte der Vorschlag eines Fleischverbots keine Mehrheit finden, wohl aber das kostenfreie, gute und nachhaltige Essen in Bildungseinrichtungen.
- Schließlich wurde auch über eine stärkere Besteuerung sehr reicher Menschen gesprochen, um Klimaschutz gegenfinanzieren zu können.

Abschließend formulierte die Gruppe noch Fragen an die Abgeordneten:

- Wie kann Politik langfristig gemacht werden?
- Wie stellen Sie sich sozial gerechten Klimaschutz vor?
- Wie kann Klimawandel früher in den Unterricht?
- Wie sind Sie heute hier hergekommen?

### Diskussion mit den Abgeordneten

Alle drei Abgeordneten waren sich darin einig, dass der **ÖPNV** ausgebaut werden müsste. Anje Tillmann sprach sich auch dafür aus, dass der ÖPNV für alle kostenfrei ist, ebenso Susanne Hennig-Wellsow. Carsten Schneider hatte Bedenken bezüglich der Finanzierung. Darüber hinaus sah er es als kritisch an, wenn für das Deutschlandticket Ausnahmen gelten würden (z.B. frei für Schüler und Schülerinnen), da dann sehr viele Gruppen Ausnahmen fordern würden (Rentnerinnen, Menschen mit Behinderung etc.).

In Bezug auf die **Inlandsflüge** gab es von allen Abgeordneten Zustimmung, dass diese nicht mehr notwendig seien, allerdings von Carsten Schneider die offene Frage, ob es überhaupt noch viele Inlandsflüge gäbe und eine solche Maßnahme einen Unterschied machen würde. Er wollte dies prüfen.



Die Frage, die den Teilnehmenden neben der Reaktion auf ihre Vorschläge am wichtigsten war, war die, wie in einem politischen System, das auf kurzfristige Wahlerfolge ausgerichtet ist, überhaupt **parteiübergreifende sinnvolle Klimapolitik** möglich sei. Als eine Antwort wurde die Verlängerung der Legislatur ins Spiel gebracht, ansonsten teilten die Abgeordneten die Befürchtung, dass bestimmte Parteien das Thema gar nicht ernst nähmen und dadurch eine gemeinsame Politik in Zukunft sogar noch schwieriger sein könnte.



### 3.4 Abschlussrunde

Zurück im Plenum wurden Abgeordnete und Teilnehmende gefragt, was ihnen in den Diskussionen noch zu kurz gekommen ist, bzw. was ihnen hängen geblieben ist.

Einigen Teilnehmenden sei erst richtig bewusst geworden, wie kurz vor knapp es ist und sie wünschen sich mehr Radikalität von der Politik. Sie wünschten sich, mehr mitgenommen zu werden. Eine andere Teilnehmerin äußerte das Gefühl, die Politik vertrete eher die Lobby-Gruppen als die Bürger:innen. Klimaschutz, so waren sich viele einig, dürfe nicht mehr beim Hinterfragen vom Klimawandel beginnen und Parteien sollten aufhören, diesen zu relativieren und stärker zusammenarbeiten.



Antje Tillmann reagierte darauf, dass es in Demokratien verschiedene Wege gäbe, den Klimaschutz anzugehen und diese sollten diskutiert und ausprobiert werden. Susanne Hennig-Wellsow empfand die verbleibende Zeit für Diskussionen zu knapp, man müsse schneller ins Handeln kommen. Die Angst, etwas verändern zu müssen, war immer schon da, hier gelte es nun, etwas zu bewegen. Carsten Schneider betonte, dass Maßnahmen wie das Heizungsgesetz schon etwas zu sportlich waren, und es einen guten Mittelweg geben müsse.

Am Ende des Tages wurde mit einer Feedback- und Reflexionsrunde sowie Informationen zum weiteren Verlauf des Projektes und zum langfristig angelegten Wahlkreisrat geschlossen. Im Wahlkreisrat treffen sich Teilnehmende aller drei Projektphasen, um über politische Themen zu sprechen.

## 4 Ausklang und Ausblick

Der Wahlkreistag im Wahlkreis Erfurt – Weimar – Weimarer Land II am 16. März 2024 mit 23 Teilnehmenden und den Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider (SPD), Antje Tillmann (CDU) und Susanne Hennig-Wellsow (Die Linke) stieß insgesamt auf sehr positive Resonanz. Die Thüringer Allgemeine schreibt: „Politiker und Wähler zusammzubringen, das ist kein neues Anliegen. In Erfurt geschieht es am Wochenende auf neue Art.“ ([Hier entlang zum Artikel](#))

Fast alle Anwesenden meldeten sich für die Weiterarbeit im Wahlkreisrat an. Auch das positive Feedback in der Abschlussrunde, die langen Gespräche nach Ende der Veranstaltung sowie die Rückmeldungen der Abgeordneten zeigten: Der Wahlkreistag wurde von vielen als sehr lohnendes und Demokratie stärkendes Format angesehen. Die Abgeordneten boten weiterhin an, für Fragen offenzustehen und sich gern auch nochmal mit dem Wahlkreisrat zu einzelnen Fragen zu treffen.

Am Ende des Tages blieben einige Teilnehmende noch vor Ort, um sich mit den anwesenden Abgeordneten, dem Team und einem Journalisten von der Thüringer Allgemeinen zu unterhalten.

Im Projekt *Hallo Bundestag* folgten auf diesen noch zwei weitere letzte Wahlkreistage: in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost zum Thema Rente sowie in Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I zum Thema Demokratie in Deutschland. Im Juni 2024 wird das Projekt abgeschlossen und eine mögliche weitere Skalierung vorbereitet.

## Impressum

Herausgeber: Es geht LOS, Wrangelstraße 22, 10997 Berlin

eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg als

Demokratie Innovation e.V. unter VR 36580, Vorstand: Katharina Liesenberg (1. Vorsitzende), Jonas Beuchert (Stellvertreter), Dr. Joachim Haas (Finanzbeauftragter)

Autorin: Juliane Baruck

Veröffentlichung: Mai 2024